

11. Mindereinnahmenbremse

Parlamentarische Initiative Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich), Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach), Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich)

KR-Nr. 397/2025

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Unser Kanton braucht eine Mindereinnahmenbremse; eine neue Wortschöpfung, aber es ist einfach zu verstehen, wozum es geht. Es geht darum, dass man eine Gesamtsicht einnimmt und dass sämtliche Saldoverschlechterungen gleichbehandelt werden. Im Moment kennt unser Kanton eben nur eine Ausgabenbremse, und wie der Name sagt, fokussiert diese ausschliesslich auf die Ausgaben. Das ist aber nur die halbe Wahrheit, man muss immer beide Seiten der Medaille betrachten. Und nur die Ausgaben im Blick zu haben, reicht eben nicht. Die andere Ratsseite stellt ja immer gerne Vergleiche mit Unternehmen an. Und in welchem Unternehmen schaut man nur auf die Ausgaben und kümmert sich kein bisschen um die Einnahmen? Selbstverständlich muss man immer Ausgaben und Einnahmen im Blick haben und die Gesamtsituation anschauen, sonst überlebt ein Unternehmen nicht lange.

Bei den Staatsfinanzen sind die Fraktionen der Sparallianz allerdings auf einem Auge blind und sie leiden an einer ideologischen Fixierung auf die Ausgabenseite. Finanztechnisch ist es so, dass die relevante Steuerungsgrösse für uns hier im Kantonsrat der Saldo ist. Wir beschliessen im Budget über die Saldi der einzelnen Leistungsgruppen, wir beschliessen nicht über Ausgaben. Der Saldo sinkt, wenn man entweder mehr ausgibt oder wenn man eben weniger einnimmt. Es ist mathematisch komplett dasselbe, und dennoch werden beide Fälle völlig unterschiedlich behandelt. Es ist wirklich recht absurd, wenn wir wiederkehrende Ausgaben von 400'000 Franken pro Jahr haben, dann braucht es das absolute Mehr, aber bei Mindereinnahmen in komplett beliebigen Höhen reicht das relative Mehr. Die letzte Steuersenkung um 3 Prozentpunkte bedeutet jährliche Mindereinnahmen von über 240 Millionen Franken. Das wurde einfach so mit einfachem Mehr durchgewunken. Aber wenn wir nur ein Sechshundertstel dieses Betrags als Mehrausgabe beschliessen wollen, dann braucht es das absolute Mehr. Das ist eine offensichtliche und eine krasse Ungleichbehandlung, und diese Ungleichbehandlung ist rein ideologisch motiviert.

Die Ausgabenbremse wurde ja ursprünglich eingeführt, um dem Übermut des Parlaments etwas Grenzen zu setzen, wenn es zu stark vom Budgetentwurf der Regierung abwich, was ja an und für sich auch eine interessante Geschichte ist, dass das durch und durch bürgerliche Parlament vor 25 Jahren fand, es müsse sich selber zähmen. Und es gibt eben auch Übermut in die andere Richtung, dass man vom Budgetentwurf der Regierung abweicht und sehr viel weniger Einnahmen beschliesst. Und darum braucht es hier ein Gegenstück zur Ausgabenbremse, und das ist die Mindereinnahmenbremse. Sie muss das ergänzen, um ein Gegenge-

wicht zu geben, und so wird eben sichergestellt, dass alle Saldoverschlechterungen gleichbehandelt werden, egal aus welcher Richtung sie kommen und egal aus welcher politischen Ecke sie kommen.

Beatrice Derrer (SVP, Hüttikon): Den Begriff «Mindereinnahmenbremse» könnte man wohl auch mit «Mehreinnahmenbremse» betiteln, denn gemäss Initianten soll der Gegenpol zur Ausgabenbremse gesetzt werden. Die Einführung einer Mindereinnahmenbremse ist aber haushalts- und finanzpolitisch nicht erforderlich. Sie ist unsinnig und politisch überflüssig. Das geltende Haushaltsrecht mit der Budgetsteuerung über den Saldo sowie die rechtlich verankerte Ausgabenbremse mit einmaligen Ausgaben von mehr als 4 Millionen Franken und/oder wiederkehrenden Ausgaben von 400'000 Franken gewähren bereits eine nachhaltige Haushaltsführung und die Begrenzung der Neuverschuldung. Und eben diese Ausgabenbremse braucht laut der Kantonsverfassung die Zustimmung der Mehrheit aller Ratsmitglieder mit 91 Stimmen.

Bezugnehmend auf Artikel 56 der Kantonsverfassung soll der Steuerfuss nun ebenfalls über die Mehrheit aller Ratsmitglieder festgelegt werden und nicht, wie bis anhin, mittels einfachem Mehr. Die Festsetzung des Steuerfusses ist ein zentralpolitischer Entscheid und sollte nach demokratischen Regeln gefällt werden. Das einfache Mehr ist das Fundament unserer Demokratie. Zusätzliche Hürden führen nicht zu mehr Qualität, sondern zu taktischen Abwesenheiten. Wer gewählt ist, trägt Verantwortung, und diese zeigt sich durch Präsenz. Ein Entscheid mit einfachem Mehr ist klar und transparent.

Vor diesem Hintergrund ist von einer Einführung einer Mindereinnahmenbremse abzusehen. Artikel 56 Absatz 1 und 2 der Kantonsverfassung sind unverändert zu belassen. Wir lehnen ab. Besten Dank.

Advije Delihassani-Ajdari (SP, Wetzikon): Wir unterstützen die vorliegende parlamentarische Initiative zur Einführung einer Mindereinnahmenbremse klar und überzeugt. Der Kanton Zürich kennt bereits die Ausgabenbremse, wonach einmalige Mehrausgaben ab 4 Millionen Franken oder wiederkehrende Mehrausgaben ab 400'000 Franken sowie Abweichungen vom Budgetvorschlag des Regierungsrates nur mit der Zustimmung der Mehrheit aller Ratsmitglieder beschlossen werden können. Gemäss Kantonsverfassung braucht es bei der Ausgabenbremse die Zustimmung der Mehrheit aller Ratsmitglieder, nicht nur der Anwesenden. Das bedeutet: Die Hürde bleibt immer gleich hoch, unabhängig davon, wie viele tatsächlich zum Abstimmungszeitpunkt im Saal sitzen. Diese strengen Vorgaben schaffen heute hohe Hürden für zusätzliche Ausgaben.

Gleichzeitig existiert jedoch keine gleichwertige Regelung für Entscheidungen, die zu tieferen Einnahmen führen. Das erzeugt eine finanzpolitische Schieflage, die sachlich nicht begründet ist. Wer Ausgaben begrenzt, soll ebenso verhindern, dass Einnahmen ohne breite Abstützung reduziert werden. Beide wirken in identischer Weise auf den Haushaltssaldo und verdienen daher dieselbe demokratische Absicherung. Die Mindereinnahmenbremse sorgt dafür, dass finanzpolitisch

relevante Beschlüsse auf beiden Seiten der Staatsrechnung gleichbehandelt werden. Sie stärkt die Transparenz, erhöht die Kohärenz unserer Budgetpolitik und trägt zur finanziellen Verantwortung dieses Rates bei. Die Initiative knüpft an einen bestehenden Mechanismus an, sie schafft keine neuen Hürden, sondern stellt eine faire und logische Ergänzung zur bestehenden Ausgabenbremse dar. Schade einzig, dass wir nicht zur Mitunterzeichnung eingeladen wurden. Aus all diesen Gründen unterstützt die SP-Fraktion die PI betreffend Mindereinnahmenbremse. Herzlichen Dank.

Mario Senn (FDP, Adliswil): Die Grünen möchten eine Mindereinnahmenbremse einführen. Sie beklagen dabei, dass neue Ausgaben ein höheres Quorum erreichen müssen als eine Steuerfussenkung oder sonstige Beschlüsse, die zu Mindereinnahmen führen.

Die Ausgabenbremse hat ihren Zweck. Sie bremst Ausgaben, sie bremst damit auch das Staatswachstum. Zusammen mit der Schuldenbremse stellt sie sicher, dass die Schulden nicht überhandnehmen. Die Ausgabenbremse ist aber auch eines der verfassungsmässigen Instrumente, das sicherstellen soll, dass, wie von Artikel 124 Absatz 2 der Kantonsverfassung gefordert, die Steuerquote nicht ansteigt. Der Beschluss neuer Ausgaben soll nicht zu einfach sein. Aus unserer Sicht ist diese Gewichtung, wie sie die Kantonsverfassung vornimmt, absolut richtig. Auch wenn Sie buchhalterisch nicht ganz unrecht haben, wenn Sie sagen, mehr Ausgaben und Mindereinnahmen durch eine Steuerfussenkung seien dasselbe, ist es finanzpolitisch nicht das Gleiche.

Erster Unterschied: Schauen Sie doch einmal aus dem Kanton Zürich beziehungsweise aus der Schweiz hinaus. Alle uns umgebenden Länder des europäischen Hochsteuerkartells haben ihre öffentlichen Haushalte nicht im Griff. Auch innerhalb der Schweiz ist es nicht so, dass hohe Steuern gesunde Kantonsfinanzen bedeuten würden. Die Annahme also, dass hohe Steuern mit gesunden Finanzen einhergehen, stimmt einfach nicht. Wer gesunde Finanzen will, der muss bei den Ausgaben ansetzen. Die Ausgabenbremse trägt dem Rechnung.

Zweiter Unterschied: Wenn wir zum Beispiel den Bau eines Schulhauses beschliessen, dann ist das Geld unwiderruflich weg. Sie können zwei Jahre später nicht sagen, «nein, das wollen wir jetzt nicht mehr». Und wenn eine Ausgabe, eine Subvention einmal beschlossen ist, kann sie bekanntermassen kaum mehr abgeschafft werden. Den Steuerfuss hingegen können Sie bei Bedarf wieder anheben und so Mindereinnahmen, so sie denn tatsächlich eintreffen sollten, wieder kompensieren.

Ihre PI hat aber noch einen weiteren Pferdefuss: Sie verlangen, dass der Steuerfuss mit der Mehrheit aller Mitglieder, also mit 91 Stimmen, festgesetzt werden muss. Wahrscheinlich haben Sie da noch den Steuerfussentscheid vom letzten Dezember vor Augen. Ihr Vorschlag kann aber dazu führen, dass gar kein Beschluss zum Steuerfuss zustande kommt; dies nämlich dann, wenn, wie im Dezember, diverse Absenzen zu verzeichnen sind und keine Ratsseite auf 91 Stimmen kommt. Was passiert dann? Kein Steuerfuss, kein Budget, Chaos total.

Es hat einen Sinn, dass die Kantonsverfassung für das Budget nur das einfache Mehr vorsieht, und das ist auch sinnvoll beim Steuerfuss. Aber dann noch etwas ganz Grundsätzliches: Wir wissen, dass Sie gerne das Geld anderer ausgeben. Wir wissen, dass Sie gerne jedes Problem mit mehr Staat lösen wollen. Deshalb ist Ihnen die heutige Regelung ein Dorn im Auge. Für uns Liberale gehört sie aber einfach zu einem nachhaltig organisierten Staatswesen, obwohl dies für Politiker nicht immer angenehm ist. In diesem Sinn sind Ausgaben wie auch Schuldenbremse auch Politikerbremsen. Sie schützen die Einwohnerinnen und Einwohner vor Politikern, die für jedes Problem nur mehr Staatsausgaben und höhere Steuern als Lösung kennen. Die FDP lehnt diese PI ab.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Der vorliegende Vorstoss verlangt eine sogenannte Mindereinnahmenbremse als Ergänzung zur bestehenden Ausgabenbremse. Auf den ersten Blick mag das nach Symmetrie und Fairness klingen, tatsächlich schafft es aber vor allem neue Unklarheiten, Bürokratie und politische Blockaden.

Erstens: Es ist völlig unklar, was alles unter Mindereinnahmen fallen würde. Geht es nur um Steuerfussenkungen oder auch um Gebührensenkungen, um Effizienzgewinne in der Verwaltung, die Kosten für Dritte zu reduzieren? Wollen wir wirklich jede Verbesserung, jede Entlastung und jede Reform unter einen zusätzlichen parlamentarischen Vorbehalt stellen?

Zweitens: Die bestehende Ausgabenbremse hat einen klaren Zweck. Sie sorgt bei grossen Ausgaben für eine breite politische Abstützung. Das ist sinnvoll, weil Ausgaben direkt und dauerhaft binden. Einnahmen hingegen unterliegen bereits heute politischen Prozessen, Mehrheiten und, nicht zu vergessen, letztlich auch vielfach dem Volk.

Drittens: Mit einer Mindereinnahmenbremse riskieren wir eine systematische Blockade von Reformen. Notwendige Anpassungen im Steuer- oder Gebührenbereich würden erschwert oder verzögert werden. Das schwächt die Handlungsfähigkeit dieses Rates und führt zu unnötiger Schwerfälligkeit.

Und viertens: Der Vorstoss ist letztlich eine politische Reaktion auf einzelne finanzpolitische Entscheidungen. Dafür aber gleich die Verfassung anzupassen, ist unverhältnismässig.

Kurz gesagt: Dieser Vorschlag schafft mehr Probleme, als er löst. Er bringt keine echte finanzpolitische Verbesserung, sondern zusätzliche Hürden und Unsicherheiten. Wir unterstützen ihn nicht. Danke.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Wenn man das zuerst hört, dann denkt man: Das tönt eigentlich noch gut. Und dann, wenn man etwas weiterdenkt, merkt man: Schweizweit tönt es offenbar nur in diesem Rat gut, denn ich habe es nirgends sonst gefunden. Es kann ja trotzdem sein, dass wir als Zürcher einmal führend sind, aber je mehr ich mir das überlegt habe, umso skeptischer wurde ich. Wir haben ja immer wieder Sondereffekte bei den Einnahmen. Wir haben die SNB (*Schweizerische Nationalbank*), wir haben die ZKB (*Zürcher Kantonalbank*), wir haben eine grosse Unsicherheit auf dieser Seite. Und von dem

her ist die Einnahmensituation in unserem Kanton nicht eins zu eins vergleichbar mit den Ausgaben, wo wir schon recht gut wissen, was auf uns zukommt. Und ehrlich gesagt, denke ich, ist die Grundfrage: Möchten wir tiefere Steuern haben, ja oder nein? Eigentlich sprechen wir davon, gehen die Grenzen hier durch. Und wir als EVP sagen, so tief wie möglich, ohne die Investitionen zu gefährden. Wir wollen nicht Raubbau am Kanton machen, aber wir möchten weiterhin die Flexibilität haben, wenn dann plötzlich wieder 700 Millionen Franken aus einer Schublade herauskommen und uns alle überraschen. Dann hätten wir schon ein Interesse, dass wir auch die Möglichkeit haben, der Bevölkerung etwas zurückzugeben, ohne Raubbau zu betreiben. Also von einer Idee, die bestechend tönt, haben wir uns dazu durchgerungen, dass wir das eher nicht unterstützen werden.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Wir finden den Vorschlag der Grünen eine faire und nachvollziehbare Ergänzung zur Ausgabenbremse und einen sehr interessanten Vorschlag. Ausgabenbremse und Mindereinnahmenbremse sollen in einer Kommission à fond unter die Lupe genommen werden. Wir finden, dass die Kommissionen dafür da sind, das wirklich einmal unideologisch zu überprüfen. Aus diesem Grund überweisen wir die PI.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte gerne noch replizieren auf einige Dinge, die gesagt wurden. Cristina Cortellini hat ein wunderbares Votum gegen die Ausgabenbremse gehalten, vielen Dank, alle Argumente kann man eins zu eins ummünzen.

Was sind Mindereinnahmen? Sie können ja gerade so gut fragen: Was sind Mehrausgaben? Das wird dann eben klar definiert, wenn es um 4 Millionen Franken einmal geht oder 400'000 Franken wiederkehrend et cetera. Damit kann sich eine Kommission dann befassen. Oder es würden notwendige Anpassungen erschwert: Das ist ja bei der Ausgabenbremse genau gleich. Wenn es jetzt wirklich mal notwendig ist, mehr auszugeben, dann muss eben eine Mehrheit her und der Rat sich zusammenraufen. Und das kann man bei den Mindereinnahmen genauso sehen. Dann hat Mario Senn ja wirklich auch differenziert argumentiert, danke dafür, aber trotzdem bin ich mit den Argumenten inhaltlich nicht einverstanden. Du hast gesagt, wir postulierten, dass hohe Steuern mit gesunden Finanzen einhergehen. Das postulieren wir gar nicht, also das ist nicht per se wahr. Dann: Wenn man mal Subventionen oder so beschlossen hätte, dann könne man sie kaum wieder abschaffen. Das ist in der Praxis tatsächlich so, aber das Gleiche gilt für Steuererhöhungen, dass es auch eher theoretisch ist, dass diese stattfinden, in der Praxis sind sie auch sehr, sehr schwierig durchzusetzen. Und ein Argument, das ich wirklich gar nicht nachvollziehen kann, ist, dass dann kein Beschluss zum Steuerfuss stattfinden könnte. Dann bleibt er einfach, wie er ist. Also es ist ja nicht so, dass der Kanton keinen Steuerfuss hat, wenn man nicht beschliesst, sondern es gilt dann einfach weiterhin der bisherige. Und dann das Lieblingsargument natürlich: Die Linken gäben gerne das Geld anderer aus. Ich weiss nicht, ob es Ihnen bewusst ist, aber es wird nicht zwischen linken Steuergeldern und rechten Steuergeldern entschieden und es ist nicht so, dass Sie nur über die Steuergelder entscheiden,

die Sie einbezahlt haben, sondern wir alle hier, 180 Menschen, entscheiden über das Geld anderer. Sie zahlen ja nur einmal Steuern, und das gilt einfach für alle gleich. Das ist wirklich ein ziemlich seltsames Argument, das Sie immer bringen. Wir alle haben die Verantwortung für die Steuergelder aller Menschen, die in diesem Kanton Steuern zahlen und die ja häufig nicht einmal stimmberechtigt sind. Mit diesen Steuergeldern haben wir verantwortungsvoll umzugehen, und wir haben einfach unterschiedliche Ansichten darüber, wie das aussieht.

Ratspräsident Beat Habegger: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 397/2025 stimmen 60 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Beat Habegger: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.